Ä5 Stresstest Demokratie

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt
Beschlussdatum: 25.04.2024

Änderungsantrag zu A1

Nach Zeile 180 einfügen:

Soziale Politik, erst recht in schweren Zeiten

Um die Politikverdrossenheit in der Gesellschaft zu reduzieren und die Bevölkerung gerade in Zeiten multipler Krisen zu unterstützen, ist eine soziale Politik, die alle Menschen mitdenkt und auch mitnimmt, ein effektives Mittel. Es wurde an einigen Stellen versäumt, auf die Sorgen der Menschen sozialgerechte Antworten zu liefern. Der Nährboden rechtsextremer Politik liegt nämlich in Teilen auch in der Unzufriedenheit der Gesellschaft. Die multiplen Krisen der letzten Jahre, sei es die Inflation, Kriege, die mit großen Flüchtlingsbewegungen einher gingen oder die Energiekrise, haben ungemein zum Erstarken rechtsextremer Bewegungen beigetragen. Uns allen sollte klar sein, dass gegen eine rechtsextreme Politik nur eine soziale Politik hilft, die sich für alle Menschen einsetzt. Deshalb ist es wichtig, dass man hier gegensteuert. Der Ausspruch „Antifaschismus heißt Wohlfahrtsstaat" darf nicht länger nur eine lose Floskel sein, sondern muss zu einem starken Bekenntnis für eine Politik werden, die die Menschen in den Mittelpunkt ihres Schaffens setzt.

Deswegen wollen wir Wohnen endlich wieder bezahlbar machen und sozialen Wohnungsbau in Sachsen-Anhalt fördern, den ÖPNV flächendeckend ausbauen und für alle Menschen zugänglich und bezahlbar machen, sichere Job als Statusgarantie schaffen, denn es ist nicht hinnehmbar, sich von einer Befristung zur nächsten hangeln zu müssen und die Investitionen ins Gemeinwohl erhöhen, damit der gesellschaftliche Zusammenhalt nachhaltig gestärkt wird.

Begründung

erfolgt mündlich